

Kreistag des Landkreises Altenburger Land

Niederschrift

KT/031/2018

der 31. Sitzung des Kreistages des Landkreises Altenburger Land – **öffentlicher Teil** -
am Mittwoch, dem 05.12.2018, 17:04 Uhr, im Landratsamt Altenburger Land,
Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Landschaftssaal

Anwesenheit:

Landrat

Melzer, Uwe

Fraktion CDU

Backmann-Eichhorn, Kathrin

Golder, Barbara

Greunke, Marcel

Gumprecht, Christian

Hummel, Thomas

Lorenz, Kathrin

Neumann, Andre

bis 19:14 Uhr (TOP 5)

Nündel, Thomas

Reinboth, Gerd

Ronneburger, Jürgen

Tanzmann, Frank

Ungvari, Johannes

Zippel, Christoph

Fraktion SPD

Große, Claudia

bis 19:00 Uhr (TOP 4)

Helbig, Carsten

Läbe, Hendrik

Prehl, Ingo

Schemmel, Volker

Scholz, Wolfgang

Schrade, Sven

Schubert, Hartmut, Dr.

ab 18:57 Uhr (TOP 4)

Schwerd, Dirk

ab 17:39 Uhr (TOP 4)

Stange, Steffen

bis 19:22 Uhr (TOP 8)

Wolf, Michael

Fraktion Die Linke.Altenburger Land

Bergner, Peter

Börngen, Klaus

Dütsch, Brigitte

Fache, Sabine

Hübschmann, Klaus

Keller, Katja

Klaubert, Jana

Plötner, Ralf

Tempel, Frank

Fraktion Die Regionalen

Bugar, Hans-Peter

Kühn, Steffen
Liefländer, Klaus-Peter
Reimann, Thomas
Schleicher, Wolfgang

FDP (fraktionslos)

Heitsch, Hans-Jürgen
Hermann, Rolf

hauptamtl. Beigeordneter

Bergmann, Matthias

Fachbereichsleiter

Thieme, Ronny
Wenzlau, Bernd

Fachdienstleiter

Boße, Ludger
Franke, Jenny
Gerth, Andrea
Heiner, Jens
Kopplin, Wolfgang
Schlegel, Wolfram
Wiegner, Steffen

Schriftführung

Gabler, Kerstin
Kamprad, Katleen

weitere Teilnehmer

Erhardt, Luise
Lucks, Sabine
Schäfer, Christian, Dr. med.
Siegel, Karsten
Herr Wampfler
Herr Sickmüller
Herr Senftleben
Herr Fleck

sowie Fachdienstleiter und weitere Mitarbeiter des Landratsamtes, Vertreter der Presse und weitere Zuhörer.

Entschuldigt fehlen:

Fraktion CDU

Apel, Michael
Horny, Hans-Joachim, Dr.

Fraktion Die Linke. Altenburger Land

Burkhardt, Bernd
Eißing, Mandy
Herzmoneit, Bernd

Fraktion Die Regionalen

Ulich, Antje

Vorsitz: Christian Gumprecht
Schriftführung: Kerstin Gabler, Katleen Kamprad
Beginn der Sitzung: 17:04 Uhr
Ende der Sitzung: 19:48 Uhr

Verlauf der Sitzung:

Der Vorsitzende, Herr Gumprecht, eröffnet die 31. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und mit 38 Kreistagsmitgliedern Beschlussfähigkeit besteht.

Vor der Abstimmung über die Tagesordnung gibt es das Anliegen der Presse, Bild- und Tonaufnahmen zu fertigen. Kreistagsmitglieder, die nicht aufgenommen werden wollen, sollen dies dem Vorsitzenden mitteilen. Dem Anliegen wird mehrheitlich mit einer Gegenstimme zugestimmt. Es gibt kein Kreistagsmitglied, welches ausdrücklich nicht gefilmt werden möchte.

Die folgende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Tagesordnung:	Drucksachen Nr.
1 Einwohnerfragestunde	
2 Genehmigung der Niederschrift über die 30. Sitzung vom 24. Oktober 2018	
3 Verschiedenes	
3.1 Informationen des Landrates	
3.1.1 Bericht des Psychiatriebeirates	
3.1.2 Jahresrechnung des Landkreises Altenburger Land für das Haushaltsjahr 2015	IV/0098/2018
3.1.3 Ergebnisse der Regionalkonferenzen zur Schulnetzplanung für die allgemein bildenden Schulen in Trägerschaft des Landkreises Altenburger Land, Zeitraum 2019 - 2024	IV/0097/2018
3.2 Anfragen aus dem Kreistag	
4 Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Landkreises Altenburger Land für das Haushaltsjahr 2019	KT-DS/0306/2018
5 Finanzplan des Landkreises Altenburger Land für die Finanzplanjahre 2018 bis 2022	KT-DS/0307/2018
6 Bestellung des Wahlleiters und seines Stellvertreters für die Wahl der Kreistagsmitglieder am 26. Mai 2019	KT-DS/0305/2018
7 Änderung von Ausschussbesetzungen (Antrag der SPD-Fraktion)	KT-DS/0310/2018
8 Wahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses	KT-DS/0309/2018
9 Feststellung des Konzernabschlusses der Klinikum Altenburger Land GmbH für das Geschäftsjahr 2017	KT-DS/0297/2018
10 Feststellung der Jahresrechnung 2017, Ergebnisverwendung sowie Entlastung der Werkleitung des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Altenburger Land	KT-DS/0298/2018
11 Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss 2018 des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Altenburger Land	KT-DS/0299/2018

- | | | |
|----|---|-----------------|
| 12 | Satzung des Landkreises Altenburger Land über die Vermeidung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen (Abfallwirtschaftssatzung - AWS) | KT-DS/0300/2018 |
| 13 | Satzung des Landkreises Altenburger Land über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung - AGS) | KT-DS/0301/2018 |
| 14 | Satzung für den "Beirat für Integrierte Sozialplanung" zur Entwicklung und kontinuierlichen Begleitung einer integrierten Sozialplanung im Altenburger Land | KT-DS/0302/2018 |
| 15 | Änderung der Zuständigkeitsordnung für die weiteren Ausschüsse des Kreistages des Altenburger Landes/Geschäftsordnung des Kreistages | KT-DS/0303/2018 |
| 16 | Integrierte Fachplanung für Familien des Landkreises Altenburger Land 2019 bis 2020 | KT-DS/0304/2018 |
| 17 | Aufhebung des Kreistagsbeschlusses Nr. 155 vom 01.06.2016 für die Vergabe von Planungsleistungen zur Sanierung des Lindenau-Museums | KT-DS/0308/2018 |

TOP 1 Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende, Herr Gumprecht, fragt ob es seitens der anwesenden Gäste Fragen an den Landrat gibt.

Herr Gess aus Meuselwitz hat eine Frage zum Breitbandausbau, da er bereits öfters in Meuselwitz angefragt hat. Er möchte wissen, wann mit einer konkreten Umsetzung bzw. der Erhöhung der Bandbreite zu rechnen ist und wann das Ausschreibungsverfahren abgeschlossen ist (konkreter Termin).

Herr Melzer informiert, dass es seit gestern die Zusage für den Ausbau in der erhöhten Qualität (Glasfaser bis ans Gebäude) durch Bund und Land gibt. Die Bietergespräche sind abgeschlossen. Man geht davon aus, dass zum nächsten Kreistag am 05. Februar 2019 der Auftrag für beide Bereiche (Altenburg Ost und Altenburg West) erteilt werden kann. Wann die jeweilige Ortslage dran ist muss noch geklärt werden. Die Bauzeit insgesamt beträgt ca. 3 Jahre.

Herr Gess fragt nach, ob anhand von Plänen nachvollziehbar ist, wann welche Ortslage angeschlossen wird.

Herr Melzer erklärt, dass es Bauanlaufberatungen geben wird, wo ein Zeitablauf dargestellt werden muss. Dort werden auch die entsprechenden Orte aufgezeigt. Dies muss jedoch erst mit den Unternehmen besprochen werden.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 30. Sitzung vom 24. Oktober 2018

Die o. g. Niederschrift wurde mit 33 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und 5 Enthaltungen genehmigt.

TOP 3 Verschiedenes**TOP 3.1 Informationen des Landrates**

Herr Melzer informiert, dass Herr Schwerd als Fraktionsvorsitzender der SPD zurückgetreten ist. Herr Schemmel als stellvertretender Fraktionsvorsitzender wird das Amt im Bereich der Kreistage wahrnehmen.

In der Gemeinde Nobitz fand die Übergabe eines Fördermittelbescheides über 3,5 Mio. € für die Erweiterung der Grundschule Nobitz statt. Die Sanierung wird im Frühjahr beginnen und bei laufendem Schulbetrieb stattfinden.

Am Freitag findet die Einweihung von zwei neuen Stadtlinien in Schmölln - „Schmölln macht mobil“ - statt. Die Kreistagsmitglieder können an dieser Veranstaltung gern teilnehmen.

Herr Melzer informiert nochmals kurz über den Stand des Breitbandausbaus.

In den Mappen der Kreistagsmitglieder liegt der Zwischenbericht der Arbeitsgruppe „Überörtliches Gefahrenabwehrkonzept“ vor.

Außerdem liegen den Kreistagsmitgliedern die Stellungnahmen der kreiseigenen Gesellschaften zur Beteiligung am Kreishaushalt vor (Anfrage aus dem letzten Kreistag).

TOP 3.1.1 Bericht des Psychiatriebeirates

Herr Gumprecht lässt über das Rederecht für Herrn Dr. Schäfer abstimmen. Dies wird erteilt und Herr Gumprecht bittet Herrn Dr. Schäfer nach vorn.

Herr Dr. Schäfer berichtet heute den Kreistagsmitgliedern als Psychiatriebeiratsvorsitzender.

Er zeigt die Struktur im Altenburger Land auf und zeigt auf Seite 3 die entsprechenden Anlaufstellen. Es gibt drei große/wichtige Bestandteile – der Psychiatriebeirat, die Hilfsp plankonferenz und die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes. Die Aufgaben werden auf Seite 5 bis 7 aufgezeigt. Der Psychiatriebeirat tritt zweimal pro Jahr zusammen, darunter gibt es auch zwei Mitglieder aus dem Kreistag – Frau Große und Herr Gumprecht.

Herr Dr. Schäfer erklärt, dass man ca. ½ Jahr auf einen Termin bei den Psychologen im Landkreis warten muss und merkt an, dass gerade deshalb die Prävention eine große Rolle spielt.

Es gibt immer noch Menschen, die nicht vom psychiatrischen Hilfeangebot erreicht werden. Wenn es Ideen gibt, wie dies verhindert werden kann, können diese Vorschläge gern an den Psychiatriebeirat weitergegeben werden.

Herr Dr. Schäfer gibt einen kurzen Ausblick. Seit dem 1. Dezember 2018 wird eine ambulante Entgiftung angeboten. Bald wird es eine psychiatrische Tagesklinik für ältere Menschen geben und eine therapeutische Wohngruppe für Jugendliche. Die Kostenverhandlungen dafür sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

Herr Dr. Schäfer bedankt sich für die Aufmerksamkeit und fordert die Kreistagsmitglieder auf die Einrichtungen zu besuchen, da dies auch den Menschen vor Ort gut tut.

Frau Fache möchte die Gelegenheit nutzen, um Herrn Dr. Schäfer und seinem Team herzlich zu danken. Vor der Zeit von Herrn Dr. Schäfer hat sie sehr viel Kritik an dem nicht vorhandenen Netzwerk, nicht geübt. Aus dem Kontakt mit vielen Betroffenen weiß

sie, dass sich dies alles sehr verbessert hat. Es gibt eine kontinuierliche Kette der Betreuung von Betroffenen, wodurch sich auch große Erfolge zeigen.

Herr Schemmel spricht die ambulante Entgiftung ab 01. Dezember an. Soweit ihm bekannt ist, war die Entgiftung immer nur stationär möglich, um eine gewisse Kontrolle zu haben. Er fragt, woher Herr Dr. Schäfer die Erfahrungen für diese Verfahrensweise hat und wie das Verhältnis zwischen dem Ziel der Entgiftung und der Kontrolle bei der ambulanten Verfahrensweise ist.

Herr Dr. Schäfer erklärt, dass es sich um eine tagesklinische Entgiftung handelt. Der Klient ist dann von 8:00 Uhr bis 16:30 Uhr in einer Tagesklinik (eine Wohnung außerhalb des Klinikgeländes). Es wird nur Montag oder Dienstag aufgenommen, da die ersten drei Tage einer Entgiftung/Entwöhnung die schwersten sind. Es werden nur Personen aufgenommen, die eine/n Partner/in haben. Es gibt auch gewisse Ausschlusskriterien und es handelt sich nur um die Entgiftung von Alkohol.

Die Erfahrungen stammen von Dr. Kießling aus Magdeburg (ehem. aus Gera), wo es schon länger so eine Klinik gibt.

Weitere Fragen gibt es nicht.

IV/0098/2018

TOP 3.1.2 Jahresrechnung des Landkreises Altenburger Land für das Haushaltsjahr 2015

Bei der Aufarbeitung der Problematik ist aufgefallen, dass bisher noch nicht über die Jahresrechnung 2015 informiert wurde. Diese Information ist nun im Kreistagsinformationssystem eingestellt.

Im Rechnungsprüfungsamt liegen nun die Jahresrechnungen für die Jahre 2013 bis 2015. Über die Jahre 2016 und 2017 soll in der nächsten Kreistagssitzung informiert werden.

Bis spätestens 30.04.2019 soll auch der Jahresabschluss aus dem Jahr 2018 zur Information vorliegen.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

IV/0097/2018

TOP 3.1.3 Ergebnisse der Regionalkonferenzen zur Schulnetzplanung für die allgemein bildenden Schulen in Trägerschaft des Landkreises Altenburger Land, Zeitraum 2019 - 2024

Herr Melzer informiert, dass im November 3 Regionalkonferenzen (in Meuselwitz, Schmöln und Altenburg) zur Vorbereitung der Schulnetzplanung für die Jahre 2019 bis 2024 durchgeführt wurden. Alle Schularten waren dazu eingeladen. Eine Zusammenfassung dieser drei Beratungen haben die Kreistagsmitglieder in der Informationsvorlage vorliegen. Ziel in den Beratungen war es, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen, vor dem Hintergrund des Entwurfes des neuen Schulgesetzes.

In den Power-Point-Präsentationen, welche in den Schulen gezeigt wurden, sind sowohl die Auswirkungen des Schulgesetzentwurfes, als auch die Auswirkungen der Ratschläge des Thür. Landkreistages enthalten. Das Kabinett hat den Entwurf des ursprünglichen Schulgesetzes am 27. November bestätigt, was bedeutet, dass z. B. 80 Schüler in einer Grundschule, 240 Schüler in der Regelschule und 540 Schüler in den Gymnasien sein sollen. Wenn man die Schullandschaft im Altenburger Land betrachtet, sieht man,

dass das Gros der Schulen somit gefährdet wäre. Nun muss man sich der Aufgabe stellen, einen mehrheitsfähigen und tragfähigen Schulnetzplan zu erarbeiten.

In den Beratungen wurden auch die Schulleiter gebeten, auf Schulleiterebene Gespräche zu führen.

Die nächsten Beratungen sollen dann ab Januar 2019 auf den Klassenarten-Ebenen stattfinden.

Bei den Grundschulen wurde beantragt, einen Schulversuch im Bereich der Stadt Schmölln durchführen zu dürfen.

Herr Melzer lädt alle Kreistagsmitglieder ein, sich an der Erarbeitung der Schulnetzplanung im Altenburger Land zu beteiligen.

Herr Schrade erklärt, dass der Entwurf des Schulgesetzes zwar im Kabinett bestätigt, jedoch noch nicht im Landtag beschlossen wurde. Er fragt, was dies ggf. für Auswirkungen auf die Schulnetzplanung hat und wie der zeitliche Ablauf sein wird, da der Beschluss der Fortschreibung bereits im Februar 2019 im Kreistag gefasst werden sollte.

Herr Melzer geht davon aus, dass es am 05. Februar 2019 noch keinen Schulnetzplan für die Zukunft geben wird. Es kann sein, dass es eine Fortschreibung für ein weiteres Jahr geben wird, aber trotz dessen weiter an der neuen Schulnetzplanung gearbeitet wird. Dies könnte ggf. im KT im April bzw. Mai 2019 beschlossen werden.

Weitere Nachfragen gibt es keine.

TOP 3.2 Anfragen aus dem Kreistag

Herr Gumprecht übergibt das Wort an Herrn Tempel.

Herr Tempel bezieht sich auf seine Frage zur Problematik zur Besetzung von Lehrstellen an den Schulen aus der vorletzten Kreistagssitzung. Diese wurde bereits schriftlich beantwortet. Er konkretisiert, dass er wissen möchte, wie viele offene Stellen nicht besetzt werden können, da es keine Bewerber gibt – Verhältnis Bewerber zu Stellen.

In vielen Regionen gibt es das Problem mit hohen Stundenausfällen. Auch gibt es Regionen die Anreize schaffen, um Lehrer zu gewinnen. Sollte es dieses Problem auch im Altenburger Land geben, sollte man sich ebenfalls über Anreize Gedanken machen.

Herr Melzer informiert, dass die Frage an das Staatl. Schulamt weitergeleitet und die Antwort an die Kreistagsmitglieder weitergegeben wurde.

Herr Tempel verlangt nach einer nochmaligen Beantwortung der Frage.

Herr Gumprecht informiert, dass die Anfrage der SPD-Fraktion vom 17. Oktober 2018 bereits im Kreisausschuss durch Herrn Wannewetsch, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Altenburger Land, beantwortet wurde.

Herr Melzer teilt mit, dass die Anfrage der Fraktion DIE LINKE noch aussteht und zeitnah nachgereicht wird.

Weitere Anfragen seitens der Kreistagsmitglieder gibt es nicht.

KT-DS/0306/2018**TOP 4 Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Landkreises Altenburger Land für das Haushaltsjahr 2019**

Der Vorsitzende ruft o. g. KT-Drucksache auf und weist zunächst darauf hin, dass vier Änderungsvorschläge im Büro des KT eingegangen sind und allen KTM vorliegen. Er übergibt das Wort an den Landrat.

Herr Melzer informiert einführend zur zeitlichen Abfolge der HH-Aufstellung und bedankt sich für die sachlichen Anfragen und Hinweise bei allen Ausschussmitgliedern. Ebenso richtet er seinen Dank an die Verwaltung, insbesondere an den Fachdienst Finanzen.

Zum Ergebnis der Beteiligung der Gemeinden sei zu sagen, dass nicht festzustellen ist, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden aufgrund der festgesetzten Kreisumlage gefährdet ist, wohl wissend, dass es Gemeinden gibt, denen es nicht so gut geht, aber es handele sich um eine Durchschnittsbetrachtung.

Den KTM liege ein HH vor, in den die vorgebrachten Änderungsvorschläge aus den Ausschüssen eingearbeitet sind. Der Landrat benennt die wichtigsten Rahmendaten des Haushaltsentwurfes (Volumen VwHH, VmHH, Gesamtbetrag Kreditaufnahmen, Umlagesatz Kreisumlage, Höhe der Kreis- und Schulumlage).

Im Bereich des VwHH gebe es keine großen Veränderungen im Vergleich zu 2018. Im VmHH schlagen vor allem hohe Summen im IT-Bereich (Dokumentenmanagementsystem), der Relaunch der Homepage, Investitionen im Bereich der Schulen (z. B. in Nobitz, Rositz und Treben) und im Straßenbau (z. B. Kreisstraßen in Nöbdenitz, Posterstein, Fockendorf und Prößdorf) zu Buche. In diesem Zusammenhang verweist er darauf, dass im Frühjahr 2019 eine Straßenzustandsanalyse erstellt werden soll. Das dafür erforderliche Fahrzeug sei beschafft worden und dementsprechend könne dann nachweislich gesagt werden, welche Straße prioritär ist und wann diese evtl. saniert wird.

Er führt weiter aus, dass große Investitionen im Kulturbereich anstehen, z. B. beim Theater. Die vorerst letzte Theateraufführung sei am 28. Juni 2019 zu sehen, danach sei das Haus für anderthalb Spielzeiten geschlossen.

Weiterhin stehen Baumaßnahmen am Lindenau-Museum an, so Herr Melzer weiter. Im Haushalt seien dafür die 10 Mill. Euro Kreditfinanzierung enthalten. Es sei aber bekannt, dass eine Finanzierung von Bund und Land in Höhe von 48 Mill. Euro für Lindenau-Museum und Marstall zur Verfügung gestellt wird. Herr Melzer greift die Diskussion im Finanzausschuss auf – natürlich werde für die Umsetzung der Maßnahmen Personal benötigt. Im Hochbaubereich sei zwar mit Bauingenieuren, die die Großbaumaßnahmen Theater und Lindenau-Museum betreuen, „nachjustiert“ worden, dies reiche aber bei dieser zu verbauenden Summe nicht aus. Lt. Ministerium soll der Landkreis gegenüber dem Freistaat seine Forderungen aufmachen, was an Personal benötigt wird. Dann soll geprüft werden, ob die Förderung über die 48 Mill. Euro erfolgen kann. Der Bund fördert wahrscheinlich nur investiv; beim Land bestehe evtl. die Möglichkeit, auch Personalkosten gefördert zu bekommen. Um die 48 Mill. Euro abzubilden, ist wahrscheinlich ein Nachtrags-HH erforderlich. Dann soll auch das benötigte Personal mit aufgenommen werden. Dies seien die großen Herausforderungen für das nächste Jahr.

Der Vorsitzende übergibt das Wort an den Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion.

Herr Tanzmann beginnt seine Wortmeldung mit einem Dank an den Landrat sowie die Verwaltung für die Kraftanstrengung, dass der HH-Entwurf dem Kreistag in einer zustimmungsfähigen Form vorliegt.

Mit Blick auf die Diskussionen in den vorberatenden Ausschussrunden und Tagungen sei der vorliegende HH noch das Beste, was unter den bestehenden Gegebenheiten möglich und umsetzbar ist. Mit „Gegebenheiten“ sei die nach wie vor zu geringe Fi-

nanzausstattung des Landkreises durch den Freistaat gemeint, was den Handlungsspielraum vor Ort einschränke und zu Priorisierungen zwingt. Mit viel Fleißarbeit sei es gelungen, einen HH-Ausgleich hinzubekommen.

Herr Tanzmann spricht einige ausgewählte Punkte an: Mit Blick auf die Gemeinden sei der Kreisumlagesatz nicht erhöht worden; der Schulumlagesatz konnte minimal gesenkt werden; im Sozialbereich bleiben die Herausforderungen hoher Fallzahlen; im Bereich der Jugendhilfe konnte mit dem beschlossenen Jugendförderplan eine Stabilisierung der Leistungen und Angebote erreicht werden; Schwerpunkte des VmHH seien die Investitionen im Lindenau-Museum, im Theater, in den Schulen, im Straßenbau sowie im IT-Bereich aufgrund gesetzlicher Vorgaben. Die Herausforderungen bleiben mit Blick auf die künftigen HH erhalten, so Herr Tanzmann. Es sollte das Ziel sein, den bestehenden Investitions- und Sanierungsstau schrittweise aufzulösen und die Kreisumlage vor allem für die Gemeinden auf einem erträglichen Niveau zu halten.

Betreffs der drei Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE bzw. dem Antrag der Fraktion Die Regionalen regt die **CDU-Fraktion an, diese in den nächsten Ausschusssitzungen zu beraten** und dann – wenn es rechtlich und sachlich möglich ist – in den Nachtrags-HH 2019 einfließen zu lassen (**Geschäftsordnungsantrag gem. § 16 Abs. 1, Buchstabe f GO des KT**). Dies gebe allen KTM die Möglichkeit zur Diskussion über die einzelnen Vorschläge. Aus heutiger Sicht sei es für die CDU-Fraktion schwierig zuzustimmen, da noch zu viele Fragen offen sind.

Die CDU-Fraktion werde dem HH zustimmen, damit die Verwaltung 2019 arbeitsfähig ist und Planungssicherheit für die anstehenden Investitionen vorliegt, so Herr Tanzmann abschließend.

Als nächstes erhält der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Herr Plötner, das Wort.

Er erklärt, dass er zu Beginn der Debatte noch etwas zum Umgang der Verwaltung mit Beschlüssen bzw. Beschlussempfehlungen sagen wird. Es sei in der Tat so, dass es eine Beschlusslage gibt, aufgrund dessen die HH-Satzung samt Anlagen in Beschlussreife zum 1.12.2018 vorgelegt werden sollte. Aber dieses hehre Datum, welches durch CDU- und SPD-Fraktion gesteckt wurde bzw. bis zu dem die Verwaltung durch den Kreistag beauftragt worden ist, sei auch durch Herrn Melzer nicht eingehalten worden. Das Ziel – Vorlage eines beschlussreifen HH am 1. Dezember – sei verfehlt, so Herr Plötner.

Der andere Beschlussvorschlag sei im letzten Kreistag krachend gescheitert (*Anmerkung: KT-DS/0296/2018 Prüfauftrag – Beteiligung der kreislichen Unternehmen*). Drei KTM waren der Meinung, dass es ein sinnvoller Beschluss wäre, der Rest habe sich dagegen ausgesprochen. Nichtsdestotrotz habe der Landrat angefangen, genau diesen Beschluss umzusetzen. Die transparenten und ausführlichen Antworten der Geschäftsführer der kreiseigenen Unternehmen bzw. der Unternehmen mit kreislicher Beteiligung wurden den Fraktionsvorsitzenden übergeben. Der eine oder andere „Formulierungsleckerbissen“ sei dabei gewesen, aber ansonsten nichts Neues.

Bedauerlich sei auch, dass über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses, in der der HH erstmals beraten wurde und es Fragen gab, immer noch das Protokoll fehlt. Dadurch sei es für die KTM nicht möglich, sich mit dem Ausschuss und den Diskussionen zu befassen.

Auch die Fragen, die die Fraktion DIE LINKE, zusammengetragen hatte, seien erst auf Nachfrage teilweise beantwortet worden. Die Frage nach dem Personalrat sei grundsätzlich übergangen worden. Eine gute verwaltungsseitige Aufarbeitung von Fragen aus dem KT sehe seines Erachtens anders aus.

Betreffs der Teilnahme an den Ausschusssitzungen kritisiert Herr Plötner, dass der Landrat an keiner Sitzung des SGA, in der der HH beraten wurde, teilgenommen hat; ebenso wenig sei der Landrat zur letzten FA-Sitzung und zur WUBA-Sitzung zuge-

gen gewesen. Dadurch sei es schwer, mit dem Landrat auf Augenhöhe zu kommunizieren und in die Debatte einzutreten.

Zum HH-Plan führt Herr Plötner aus, dass der Mehrbelastungsausgleich trotz sinkender Einwohnerzahlen gestiegen ist. Auch die Schlüsselzuweisungen seien nicht proportional mit der sinkenden Einwohnerzahl zurückgegangen, sondern auch da sei eine zusätzliche Finanzierung durch das Land vorhanden. Positiv am Gesamt-HH sei der bestehende Jugendförderplan. Zum Breitbandausbau äußert er, dass es wichtig ist, mit der Umsetzung zu beginnen. Auch bei der Schulinvestitionspauschale habe es zusätzliche Gelder vom Land gegeben, u. a. können die GS Nobitz und die RS Rositz davon profitieren. Bereits angesprochen wurden die wichtigen Kulturinvestitionen, wie Theater und Lindenau-Museum sowie die Investitionen ins Kreisstraßennetz.

Im Weiteren geht Herr Plötner auf den Vorbericht ein und zitiert einige Passagen, u. a. zum Investitionsstau an Verwaltungsgebäuden und Schulen (Vorbericht Seite 19 von 165, letzter Absatz).

Er bringt in einem „Gedankenspiel“ an, dass – auch wenn es möglich wäre, z. B. 1 Mill. Euro für investive Maßnahmen frei zu lenken – von der Verwaltungsseite immer die Aussage kommen würde, dass eine Umsetzung nicht möglich ist, weil Großinvestitionen anstehen, es nicht schaffbar sei, neues Personal einzuarbeiten, die Gefahr bestehe, Fördergelder nicht verbauen zu können usw. – vor diesem Punkt stehen die KTM und es sei eine sehr unbefriedigende Situation als KTM damit umzugehen.

Im Folgenden kommt Herr Plötner auf die Änderungsanträge zu sprechen.

▪ Jugendherberge Windischleuba (Änderungsantrag I)

Die Öffentlichkeit sei in jüngster Zeit darauf aufmerksam geworden, dass es massivste Baumängel sowie einen hohen Investitionsbedarf gibt. Dementsprechend wollte die Fraktion DIE LINKE einen Beitrag leisten, dass das im Haushalt Berücksichtigung findet. Es gebe sicherlich auch rechtliche Bedenken, u. a. den Hinweis der CDU-Fraktion, den Antrag nochmals zu prüfen und zu diskutieren. Nichtsdestotrotz glaube er, dass es wichtig ist, dass es so eine HH-Position gibt, so dass man in diesem Bereich eine gewisse Planung hat. Entscheidend sei auch, dass nicht nur „Klein-Klein“ gemacht, sondern ein grundsätzliches Investitionsvorhaben umgesetzt wird, um das Gebäude auf lange Sicht zu ertüchtigen. Wenn sich die Vertragspartner einig sind, könne auch ein bestehender Vertrag so geändert werden, dass eine Realisierung der Maßnahmen möglich ist.

▪ Schulbezogene Jugendsozialarbeit (Änderungsantrag II)

Dieses Thema sei ein wichtiges Anliegen seiner Fraktion. Der JHA habe dies in seinem Unterausschuss sehr intensiv beraten. Alle seien sich einig gewesen, dass dies sehr wichtig ist und umgesetzt werden muss. Beim letzten JHA habe die Frage im Raum gestanden, ob 2019 damit begonnen werden soll. Das sich der überwiegende Teil der Mitglieder bei der Abstimmung enthalten hat, sei für ihn der politische Auftrag an den Kreistag, sich dazu zu positionieren und entweder zuzustimmen oder abzulehnen.

Er verweist auf die Ausführungen im Bericht des Psychiatriebeirates von Herrn Dr. Schäfer sowie von Herrn Tempel zur Lehrersituation. Er glaube schon, dass ein Lehrer viel lieber an eine Schule geht, in der eine funktionierende Sozialarbeit betrieben wird.

▪ Seckendorff-Gymnasium Meuselwitz (Änderungsantrag III)

Die Debatte werde im Moment sehr intensiv geführt. Es sollte eine gewisse Sachlichkeit in das Thema gebracht werden und es sollte geschaut werden, „was geht“. Man stehe am Beginn der Schulnetzplanung und es sei nicht so richtig bekannt, welche Möglichkeiten es gebäudetechnisch gibt, eine Beschulung weiter stattfinden zu lassen. Es sei nicht bekannt, wie hoch die Bereitschaft vor Ort ist, in Kooperationen einzutreten. Fakt

sei aber, dass mit irgendetwas geplant werden muss. Demzufolge sei eine Machbarkeitsstudie ein ganz wichtiger Punkt.

▪ Antrag der Regionalen – 20 TEuro für Renovierungsmaßnahmen am Gymnasium Meuselwitz

Herr Plötner führt aus, dass auch er die Möglichkeit der Vor-Ort-Besichtigung genutzt habe. Es liege auf der Hand, dass auch einfache Arbeiten notwendig sind, deswegen könne er empfehlen, auch diesem Beschlussvorschlag zu folgen. Er benennt beispielhaft, dass Kabel aus der Wand ragen und Drähte zu sehen sind und das in Zimmern, in denen sich Kinder aufhalten. Dies sei nicht zu verantworten und er sehe „Gefahr im Verzug“. Es müsse sofort gehandelt werden.

Zum angegebenen Deckungskreis führt Herr Plötner aus, dass die Kommune bei der Umsetzung des E-Gouvernement-Gesetzes zu 100 % landesseitig unterstützt wird. Bezüglich der 100 TEuro für einen Relaunch der Homepage äußert Herr Plötner, dass er nicht der Meinung ist, dass 100 TEuro ausgegeben werden sollten, um eine Internetseite „aufzufrischen“, zumal noch viele Menschen in der Region offline sind. Da gebe es andere Prioritäten. Wenn das E-Gouvernement-Gesetz umgesetzt wird, sollte in dem Zuge auch die Homepage angepasst werden.

Abschließend bittet er nochmals, diesen Änderungsanträgen zu folgen.

Der Vorsitzende der Fraktion der Regionalen, Herr Liefländer, erhält das Wort.

„Die „GroKo“ hat wieder zugeschlagen“, so Herr Liefländer beginnend. Er zollt dem Landrat Respekt, da es noch nie so reibungslos und ohne langes Gezerre einen Kreishaushalt gegeben habe. Dank des überragend guten Einvernehmens zwischen SPD und CDU seien größere Widerstände kaum zu erwarten gewesen, obwohl der vorgelegte Haushalt einigen Raum für kritische Anmerkungen lasse. Man reibe sich verwundert die Augen, dass auf Anhieb ein ausgeglichener HH-Entwurf vorgelegt werden konnte. Während im letzten HH-Jahr noch um eine Deckungslücke in Millionenhöhe gerungen wurde, scheine jetzt der HH-Ausgleich unproblematisch. Selbst die im Nachhinein korrigierten Fehlbuchungen hätten keinen Anlass zur Diskussion gegeben. Beim genaueren Hinschauen werde allerdings deutlich, dass dieses Einvernehmen teuer erkaufte ist. Zwar sei der Fraktion Die Regionalen als kleinster KT-Fraktion bewusst, dass Änderungsanträge ohne weiteres „abgebügelt“ werden können, dennoch soll nicht versäumt werden, den Finger in so manche „Wunde des dicken Pelzes der Groko“ zu legen.

Er konstatiert, dass

1. zur HH-Deckung eine Kreditaufnahme in Höhe von 3,46 Mill. Euro geplant ist. Eine derartig hohe Neuverschuldung des Kreises habe es seit Jahren nicht mehr gegeben.
2. trotzdem die Kreisumlage um weitere 624 TEuro steigt. Zwar bleibe der Umlagesatz gleich, der in einigen Kommunen durch die verbesserte wirtschaftliche Situation entstehende bescheidene finanzielle Spielraum werde aber gleich wieder abgeschöpft.
3. sich die Rücklagen des Kreises quasi auf „Null“ belaufen. Die gesetzliche Mindestrücklage werde um 650 TEuro unterschritten.
4. für Straßenbaumaßnahmen, Sanierung von kreiseigenen Gebäuden und Schulen zur Umsetzung von vorgeschriebenen Sicherheitsmaßnahmen, für die Herstellung der Barrierefreiheit, für die Anschaffung von notwendigen Betriebsvermögen z. B. in der Kreisstraßenmeisterei wieder einmal nur ein Bruchteil dessen eingestellt werde, was zur Erhaltung des kreiseigenen Vermögens und zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Schulbetriebes erforderlich wäre.

Hieraus ergeben sich für den Kreis zwangsläufig nachteilige Konsequenzen, so Herr Liefländer weiter. Der Kreis werde künftig einen erheblich höheren Schuldendienst zu

leisten haben, was den Spielraum für Investitionen weiter einschränke. Aus der zusätzlichen Kreditaufnahme dürften sich jährliche zusätzliche Belastungen in Höhe von ca. 200 TEuro ergeben, und dies ohne dass wenigstens mit der Kreditaufnahme eine Konsolidierung des Kreisvermögens verbunden wäre – zu Deutsch: Das Geld werde „verfrühstückt“. Durch die Erhöhung der Kreisumlage verbleibe den Kommunen wieder einmal viel zu wenig Spielraum für den eigenen Mehrbedarf. Hinzu komme, dass nach der Finanzplanung für die kommenden Jahre jährlich eine Steigerung der Kreisumlage um ca. 1 Mill. Euro vorgesehen ist. Die fehlenden Rücklagen stellen die dauernde Leistungsfähigkeit des Landkreises infrage und schränken damit auch für die Zukunft den Spielraum für Investitionen erheblich ein. Für Maßnahmen im Straßenbau seien 2,4 Mill. Euro eingesetzt. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr um ca. 25 % fange gerade einmal die konjunkturbedingten Mehrkosten ab, so dass effektiv die Werterhaltung nicht höher liegen dürfte, als im letzten Jahr. Seit Jahren fordere die Fraktion Die Regionalen die massive Aufstockung der Mittel ein. Was nützen sanierte Kulturtempel, wenn es keine Infrastruktur gibt, um diese zu erreichen, fragt Herr Liefländer. Die kreiseigenen Gebäude verfallen. Für Maßnahmen an Verwaltungsgebäuden seien gerade einmal 442 TEuro eingestellt. Im Vorbericht stehe, dass brandschutz- und sicherheitsrelevante Maßnahmen an den öffentlichen Gebäuden nicht umgesetzt werden können. Dies sei aus Sicht der Regionalen ein unhaltbarer Zustand. Es liege der Verdacht nahe, dass wissentlich aus finanziellen Gründen gegen gesetzliche Vorgaben verstoßen wird. Er fragt, ob den Anwesenden eigentlich bewusst ist, dass die Verwaltung für Bürger mit Handicap nicht die Möglichkeit eröffnet hat, Sprechzeiten von Ämtern wahrzunehmen. Von Barrierefreiheit könne im Landkreis keine Rede sein.

Angesichts der Vorlage der LINKEN zur Jugendherberge Windischleuba frage man sich: „Warum ausgerechnet dort?“. Die bauliche Situation an öffentlichen Gebäuden erfordere dringende Sanierungsmaßnahmen.

Die Fraktion Die Regionalen fordert daher die Erarbeitung einer aktualisierten Prioritätenliste der notwendigsten Sanierungsmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden und die Planung wenigstens ansatzweise ausreichender Sanierungsmittel für den nächsten HH. Für Investitionen an Schulen seien 3,1 Mill. Euro eingestellt, 1,2 Mill. Euro weniger als im Vorjahr. Dabei falle auf, dass das Seckendorff-Gymnasium in Meuselwitz trotz gravierendem Sanierungsbedarf mit 15 TEuro nahezu leer ausgeht. „Wird hier etwa schon der Tod des Meuselwitzer Gymnasiums auf Raten in Kauf genommen“, fragt Herr Liefländer. Die Änderungsvorlage der LINKEN für eine Machbarkeitsstudie zur Zukunft der Schülerspeisung sei ehrenwert, aber die Fraktion Die Regionalen glaube, dass dabei „das Pferd von hinten aufgezäumt“ wird. Meuselwitz brauche ein tragfähiges Zukunftskonzept, mit dem der Standort mit den zu erwartenden Schülerzahlen langfristig gesichert wird.

Die Regionalen fordern den Landrat auf, den Entwurf einer Schulnetzplanung vorzulegen, der ein tragfähiges Konzept für den Erhalt des Meuselwitzer Gymnasiums beinhaltet. Der geäußerte Vorschlag, die Klassenstufen 11 und 12 aus Meuselwitz zu verbannen, sei nicht der richtige Ansatz. Kreativere Lösungen seien gefragt und die Fraktion der Regionalen stehe selbstverständlich auch für Gespräche zur Verfügung.

Anstatt 10 TEuro für ein Konzept einzustellen, sollte Schülern und Lehrern dadurch geholfen werden, dass kurzfristig sichergestellt wird, dass Sportunterricht und Schülerspeisung in einem halbwegs menschenwürdigen Umfeld stattfinden können. Die Wände in der Sporthalle starren vor Dreck. Die Sanitäreinrichtungen hätten den Namen nicht verdient.

Die Fraktion Die Regionalen fordert deshalb als „Soforthilfe“ zur Herstellung funktionierender Sanitäreinrichtungen und für die Teilrenovierung der Sporthalle die Einstellung weiterer 20 TEuro für Renovierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen. Man könne dort niemanden mehr hineinlassen.

Auf Basis der neuen Schulnetzplanung sind dann die notwendigen Investitionen zum Erhalt der Schulgebäude als auch die ausreichende Ausstattung mit Lehrpersonal zu planen und in den nächsten HH-Jahren umzusetzen, fordert Herr Liefländer. Eine Gebäudeplanung, die selbstverständlich die Schülerspeisung beinhaltet, sollte dann mit dem nächsten HH unmittelbar an die Verabschiedung des Schulnetzplanes erarbeitet werden.

Herr Liefländer kommt auf den Stellenplan zu sprechen und verweist auf einen KW-Vermerk mit Datum. Er weist darauf hin, dass die Ankündigung der Stellenstreichung zu einem bestimmten Termin arbeitsrechtlich problematisch sein kann und unter Umständen dem Landkreis erhebliche Kosten entstehen könnten. Er hoffe daher im Sinne des Landkreises, dass der Wegfall der Stelle einvernehmlich mit dem betroffenen Mitarbeiter erfolgt.

Herr Liefländer verliest den **Änderungsvorschlag**:

„Der Kreistag beschließt im HH-Plan 2019 in der HH-Stelle 23050 die Einstellung eines zusätzlichen Betrages in Höhe von 20 TEuro für Renovierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an der Sporthalle und dem Erweiterungsbau des Veit-Ludwig-von-Seckendorff-Gymnasiums. Die Deckung der Mehrausgabe erfolgt über die HH-Stelle 02110/93500.

Er verliest die Begründung – der Änderungsantrag liegt allen KTM vor und ist im Kreistagsinformationssystem eingestellt.

Als nächstes erteilt der Vorsitzende Herr Schemmel von der SPD-Fraktion das Wort.

Er bemerkt, dass er durch den Redebeitrag von Herrn Liefländer erfahren habe, dass er in einer „GroKO“ sei. Jeder wisse, dass es in kommunalen Vertretungen keine Koalitionen geben kann und auch nicht gibt. Die aufgeführten Vorwürfe (Investitionsstau usw.) seien auch außerhalb der Zeit der „GroKo“ zustande gekommen. Das was Herr Liefländer zur „GroKo“ erzählt habe, sei „Unsinn pur“.

Herr Schemmel kommt auf die vorliegenden Änderungsanträge zu sprechen. Zum Antrag der Regionalen führt er aus, dass der dargestellte Sachverhalt sicherlich ein großes Problem ist. Darüber müsse sich unterhalten werden. Den Vorschlag der CDU-Fraktion, das im Rahmen der Erarbeitung der Nachtrags-HH-Satzung zu beraten, sehe er als hilfreich an.

Die Änderungsvorschläge der LINKEN seien relativ stark für die Öffentlichkeit bestimmt und jeder wisse, dass diese adhoc nicht zu beschließen sind.

Er greift den Antrag zu den Schulsozialarbeitern auf. Dies sei keine neue Idee der LINKEN, sondern es werde schon monate- bzw. jahrelang beraten. Dieser Vorschlag habe weder im JHA noch im Sozialausschuss im Moment eine Mehrheit. Außerdem würden einige Formfehler hinzukommen, da die im VwHH erzeugte Ausgabe durch den VmHH gedeckt werde. Wenn das so beschlossen werden würde, wären sowohl der VwHH als auch der VmHH nicht ausgeglichen und das LVA würde dem Landkreis das Genehmigungsverfahren „um die Ohren schlagen“.

Zum Antrag, 50 TEuro Planungskosten für die Jugendherberge Windischleuba, einzustellen, fragt Herr Schemmel, „Für welche denn?“ – es müsse zunächst einmal Vorstellungen geben. Es könne kein Planungsbüro angefordert und gesagt werden „plant mal was“. Es sei nicht vorherberaten worden, was gemacht werden soll. Es gebe einen Eigentümer und auch einen Verwalter usw. Er jedenfalls wisse nicht, was gemacht werden soll. Dass etwas gemacht werden müsste, sehe er gern ein, aber es müsse erst einmal definiert werden.

So ähnlich sei es auch bei der Machbarkeitsstudie für das Gymnasium Meuselwitz. Machbar sei alles – aber es müsse zunächst bekannt sein, was gemacht werden soll.

Zusammenfassend äußert Herr Schemmel, dass die Anliegen sicherlich berechtigt sind, aber dies adhoc zu beschließen, gehe nicht.

Deswegen folge die SPD-Fraktion dem Antrag der CDU-Fraktion, diese Anträge in die entsprechenden Fachausschüsse zurückzuverweisen. Dann könnten die Themen diskutiert werden, auch die Jugendsozialarbeit.

Zum Haushalt selbst äußert Herr Schemmel, dass angenommen werden könnte, dass es das gleiche Prozedere wie in den vergangenen Jahren ist – Klagen zur erhöhten Kreisumlage, Dank an die Verwaltung, Forderung an Bund und Land nach besserer Finanzausstattung usw. Dem sei aber nicht so. Dieser 2019er Haushalt werde an die „Nachfolger“ im Kreistag übergeben. Der jetzige Kreistag werde diesen HH nur einige Monate begleiten und viele werden im neuen Kreistag nicht mehr vertreten sein. Es werden im neuen KT Personen sein, die evtl. andere Vorstellungen haben und andere Strategien verfolgen, d. h. es sei nicht nur die Pflicht, heute überhaupt einen HH zu beschließen, damit es weitergehen kann, sondern es sei die Pflicht, einen HH zu beschließen, der auskömmlich, zukunftssicher, nachvollziehbar und kontrollierbar ist. Dies ist aus Sicht von Herrn Schemmel der Fall.

Den „Nachfolgern“ werden noch weitere Aufgaben hinterlassen, eine der wichtigsten sei die Schulnetzplanung mit all ihren Konsequenzen. Weiterhin gehöre zu den hinterlassenen Aufgaben die Schwierigkeit der Arbeit mit einem 25-köpfigen Sozialbeirat sowie der Nachtrags-HH. In diesem Nachtrags-HH müssen die Themen Lindenau-Museum und Marstall gebündelt werden. Das Lindenau-Museum sei eine Thematik, der sich unbedingt gestellt werden müsse. Museum und Theater in Altenburg seien von ungeheurer Wichtigkeit. Diese Einrichtungen habe es schon immer gegeben und mit dem Nachtrags-HH werde dafür gesorgt werden, dass dies auch so bleibt. Wenn im Nachtrags-HH IT-Mittel und evtl. Mittel aus dem SGB II-Bereich frei werden, dann können die vorliegenden Änderungsanträge mit einbezogen werden und dann würde er seinen Nachfolgern auch dazu raten. Demzufolge können die Anträge in die Ausschüsse zurückverwiesen werden.

Abschließend bemerkt Herr Schemmel, dass die SPD-Fraktion dem HH-Entwurf 2019 zustimmen wird.

Herr Prehl erhält das Wort und möchte aus Sicht des Sozialausschusses etwas zu den Jugendsozialarbeitern sagen. Das Thema sei in mehreren Sitzungen sehr intensiv diskutiert worden. Die Vorlage (Änderungsantrag II), wie sie jetzt vorliegt, sei inhaltlich „ein Witz“, aber das Thema sei wichtig. Was gefehlt habe, sei die Aussage, dass das LRA den Bedarf für diese Schulsozialarbeiter feststellt, dann nämlich sei der Bedarf nach dem SGB VIII gegeben und dann müssen die Sozialarbeiter zur Verfügung stehen. Es sei von Seiten der Verwaltung nie gesagt worden, dass an allen Schulen Schulsozialarbeiter gebraucht werden bzw. dass das LRA den Bedarf mit den vorhandenen Schulsozialarbeitern nicht decken kann. Wenn das signalisiert worden wäre, dann wäre jeder im Sozialausschuss der Meinung gewesen, dass die Stellen eingeplant werden müssen. Er habe schon von verschiedenen Seiten gehört – „Wenn das Land das bezahlt, dann machen wir das“ – so sei es nicht. Wenn der Bedarf da ist, dann müsse das der Landkreis bezahlen, aus dem eigenen Haushalt, und nicht das Land. Insofern sei es vernünftig, das Thema in die betreffenden Ausschüsse zurückzuverweisen und darauf zu drängen, dass das LRA sagt, es gibt einen Bedarf oder es gibt keinen Bedarf.

Der Landrat ergreift das Wort und verweist darauf, dass es einen bestätigten Jugendförderplan gibt. In diesem sei der Bedarf festgeschrieben, und zwar genau mit den Schulsozialarbeitern, die es bereits gibt und die auch entfristet sind. Im Wirtschaftsausschuss, zu dem er anwesend war (an Herrn Plötner gewandt), sei dies auch bestätigt worden – nämlich, dass der Bedarf dargestellt ist und in der Überarbeitung des neuen Jugendförderplanes der neue Bedarf festgestellt wird. Natürlich werde man schauen,

dass das Land in die Pflicht genommen wird, die entsprechenden Finanzen zur Verfügung zu stellen. Es sei nicht 100 % ausfinanziert, er denke, so Herr Melzer, dass da eine Deckungslücke da ist. Dies sei der Ansatz und so sei man auch im JHA vorgegangen und hat so die Empfehlung gegeben.

Frau Fache geht auf den Änderungsantrag zur Jugendherberge Windischleuba ein. Sie sei seit Jahren nicht mit dem Thema konfrontiert gewesen und es sei auch in keinem Ausschuss angesprochen worden. Aufmerksam geworden sei sie aufgrund des OVZ-Beitrages. Daraufhin habe sie das Gespräch mit BM Reinboth sowie mit dem Vorsitzenden des Jugendherbergsverbandes, Herrn Kraft, geführt. Ein Besichtigungstermin sollte vereinbart werden, was aber auf die Schnelle nicht möglich war. Fakt sei, dass es 17.000 Übernachtungen vorwiegend für die Stadt Altenburg (u. a. Kultur- und Sportgruppen) gibt. Ihr sei nicht bekannt gewesen, dass das Gebäude dem Landkreis gehört (Erbbaupachtvertrag). Es sei angedeutet worden, dass ca. 160 TEuro für Dachsanierung, Heizung und Mauerarbeiten erforderlich seien.

Zum Antrag zum Seckendorff-Gymnasium Meuselwitz (Änderungsantrag der Fraktion Die Regionalen) führt sie aus, dass sie dem Antrag zustimmen würde; evtl. unter der Sicht, dass der Förderverein oder die Lehrer und Eltern noch einmal Anreize bekommen, selbst etwas zu tun. Sie verweist auf das Beispiel Lerchenberggymnasium, wo auch durch Lehrer, Schüler und Eltern das Erdgeschoss malermäßig instand gesetzt wurde.

An Herrn Liefländer gewandt, äußert Frau Fache, dass es sie sehr überrasche, dass ihm die Situation im Gymnasium unbekannt war, da er schon längere Zeit Mitglied im Stadtrat ist.

Frau Dütsch kommt auf die Aussage von Herrn Melzer zu den Schulsozialarbeitern zurück. Es sei nicht ganz so, wie von Herrn Melzer geäußert. Vor ca. 3 Wochen sei das Thema intensiv im Unterausschuss diskutiert worden. Dabei sei eindeutig festgestellt worden, dass die Schulsozialarbeiter erweitert werden müssen und dass der Bedarf da ist, zunächst erst einmal an den Gymnasien. Anliegen sei es, das so schnell wie möglich zu realisieren. Sie verweist auf die Aussagen der Streetworker im JHA aus dem Raum Lucka/Meuselwitz, die auch bestätigt haben, dass das ein ganz anderes und viel besseres, intensiveres Arbeiten im Zusammenwirken mit Schulsozialarbeitern ist. Man könne das Thema nicht immer – aus welchen Gründen auch immer – auf die „längere Schiene“ schieben, sondern es müsse so zeitnah wie möglich erfolgen. Im JHA habe es in der letzten Sitzung Kompromissvorschläge gegeben, die auch nur darauf beruhten, den Haushalt nicht zu erweitern, die Kreisumlage nicht zu erhöhen, und das erst einmal ins nächste Jahr zu transportieren, evtl. mit einem Nachtrags-HH.

Herr Schrade erhält das Wort und kommt auf die KW-Vermerke im Stellenplan zu sprechen. Es sei auffällig, dass im Vorbericht auf die halbe Stelle E14 bei den Kreisorganen nicht eingegangen worden ist. Er hätte gern eine Begründung für den Wegfall der Stelle. Des Weiteren möchte er wissen, was passiert, wenn es zu keiner einvernehmlichen Einigung käme und was dies für finanzielle Auswirkungen auf den Kreishaushalt hätte.

Herr Melzer erklärt, dass es sich bei diesem KW-Vermerk um eine Stabsstelle handelt. Zu Beginn seiner Amtszeit habe er sich den Geschäftsverteilungsplan und auch die Aufgaben dieser Stabsstelle angesehen. Er habe erkannt, dass diese Aufgaben, bis auf eine, nicht vorhanden sind, d. h. die Aufgaben, die in der Stabsstelle aufgeführt sind, werden im Grunde durch die Fachdienste der Verwaltung abgedeckt. So sei z. B. das Thema Gebietsreform derzeit nicht relevant und im Bereich der Wirtschaftsförderung gebe es einen Fachdienst Wirtschaft und Kultur. Dieser Fachdienst sei aufgrund von

Altersabgängen Veränderungen unterlegen, über die ab Januar zu sprechen sein wird. Die Aufgabenerfüllung wird gewährleistet sein. Er brauche diese Stabsstelle parallel im Bereich der Kreisorgane nicht und dies finde sich im Stellenplan mit dem KW-Vermerk wieder.

Zum 2. Teil der Anfrage von Herrn Schrade äußert Herr Melzer, dass mit dem Mitarbeiter geredet werde, wenn der Stellenplan beschlossen und dann vollzogen wird. Es habe aber auch schon Gespräche gegeben. Ob es eine einvernehmliche Lösung geben wird, werde sich dann zeigen, wenn es so weit ist.

Herr Läbe bemerkt zu diesem Sachverhalt, dass es ihm egal ist, ob es eine Stabsstelle ist oder eine andere Stelle. Er könne aber sagen, dass er mit der Person, die diese Stelle besetzt, seit einem Jahr sehr intensiv an einem Projekt am Flugplatz arbeitet. In diesem Zusammenhang verweist er auf zwei Anwendertage am 11. und 12. Dezember, die sehr gut besucht sein werden. Das Projekt habe „richtig Fahrt aufgenommen“ und er warnt davor, dass die Arbeit einfach verteilt wird. Das Projekt müsse konzentriert in einer Hand bleiben.

Herr Tanzmann greift nochmals das Thema schulbezogene Jugendarbeit auf. Der Jugendhilfeausschuss habe mehrfach darüber diskutiert. Im Ergebnis habe man sich darauf verständigt, dieses Thema im Rahmen einer Prüfung an die Verwaltung zu geben, ob eine Umsetzung im Nachtrags-HH 2019 möglich ist. Der JHA habe sich explizit dagegen entschieden, das in den HH-Plan 2018 aufzunehmen. Deswegen sei es ein Stück weit „schaufenersterorientiert“, dass diese Vorlage von der Fraktion DIE LINKE (Änderungsantrag II) eingereicht wurde. Es sei das Ziel verfolgt worden, den Druck auf dem Land Thüringen zu lassen, da das Land in der Verantwortung sei, die Finanzierung zu ermöglichen. Dies könne die Kommune nicht leisten. Deswegen gehe der Appell in Richtung der Fraktion DIE LINKE, bei den eigenen LT-Abgeordneten in Erfurt im Rahmen der Schulgesetznovellierung Druck zu machen, das Thema in der Kompetenz des Kultusministeriums zu lassen und nicht aufs SGB VIII abzuwälzen.

Der JHA gibt die Empfehlung, dem Haushalt in der Ursprungsfassung zuzustimmen und eben nicht unter Einbeziehung von weiteren Stellen der schulbezogenen Jugendsozialarbeit.

Herr Nündel bezieht sich auf einen Scheck über eine halbe Million Euro, die der Landkreis aus Erfurt erhalten soll, d. h. das Land habe klar erkannt, wer bezahlen muss. Der Antrag der LINKEN sei aller Ehren wert und in der Sache richtig, aber nicht einmal der Ausschuss habe klären können, ob es sich um eine Pflichtaufgabe oder um eine freiwillige Aufgabe handelt (§ 13 SGB VIII). Ein Antrag sollte ordentlich bearbeitet werden und es könnte auch beim Freistaat nachgefragt werden, ob die Ausgaben erhöht werden, Bildung sei Ländersache.

Zum Gymnasium Meuselwitz äußert Herr Nündel, dass das Thema wichtig ist. Deswegen soll dazu auch beraten werden und man werde es nicht mit einer Ablehnung „unter den Tisch“ fallen lassen.

Herr Wolf kommt auf die Aussagen von Liefländer zurück. Auf der einen Seite verstehe er die Kritik von Herr Liefländer nicht, dass zu viele Kredite aufgenommen werden und andererseits die Straßen und Verwaltungsgebäude nicht saniert werden. Das passe nicht zusammen.

Auf der anderen Seite sei er auch bei einigen Punkten der gleichen Meinung wie Herr Liefländer und unterstützt den Antrag der Regionalen zum Gymnasium Meuselwitz. Er sei gestern beim Vor-Ort-Termin in Meuselwitz dabei gewesen und musste zur Kenntnis nehmen, dass er eine Schule in einem solchen Zustand noch nicht gesehen hat. Natur-

lich sei klar, dass das Lehrerkollegium eine Strategie bzw. Konzeption für die Schule entwickeln muss, bevor große investive Maßnahmen angeregt werden. „Schnellschüsse“ seien dabei nicht gut.

Er persönlich sei der Auffassung, dass in Meuselwitz dringender Handlungsbedarf besteht, weil „Gefahr im Verzug“ ist; es handele sich in seinen Augen auch um eine Unabweisbarkeit, weil mehrere Toiletten gesperrt und Türen defekt sind. Er betont, dass „eine Grenze“ erreicht sei, woraufhin gehandelt werden müsse. Es sollte ein Signal gesetzt werden, dass die Verwaltung diese Toiletten und diese Zustände, wo „Gefahr im Verzug“ ist, beseitigt. Dafür brauche es einen Mittelansatz sowie einen klaren Auftrag vom Kreistag. Als weiteres Beispiel benennt Herr Wolf kaputte Fensterbänke, wo ein Verletzungsrisiko besteht.

Wenn 0,06 % des Vermögens-HH für die Herstellung des Normalzustandes eingesetzt und evtl. 2,3 % des Ansatzes im IT-Bereich dafür verwendet werden, dann „sterbe“ damit nicht die IT-mäßige Erneuerung des Landratsamtes, aber es können Toiletten, Türen und Fensterbänke erneuert werden. Des Weiteren finden sich vielleicht auch im VwHH die Mittel, dass 28 Jahre nach der Wende ein Farbanstrich aus DDR-Zeiten überstrichen werden kann.

Herr Wolf stellt einen **Geschäftsordnungsantrag (§ 16 Abs. 1 Buchstabe d)** und beantragt eine **Unterbrechung der Sitzung**; evtl. ist es möglich einen Konsens zu finden. Der VmHH „sterbe“ nicht an diesen 0,06 % und es müsse auch nichts geändert werden, aber in der Schule müsse erst einmal Normalzustand hergestellt werden.

Der Vorsitzende verweist auf weitere angezeigte Wortmeldungen und lässt im Einvernehmen mit Herrn Wolf die Diskussion weiterlaufen.

Herr Reinboth erhält das Wort und kommt auf den Änderungsantrag I zur Jugendherberge Windischleuba zurück. Es gebe einen Erbpachtvertrag aus dem Jahr 2004 über 50 Jahre. Darin sei eindeutig geregelt, dass der Jugendherbergsverband für den Zustand verantwortlich ist. Herr Reinboth verliert eine Passage aus dem Vertrag.

Herr Kraft vom Jugendherbergsverband habe ihn angesprochen und es habe bereits verschiedene Gespräche gegeben. Es werde um Unterstützung gebeten, da sonst die Jugendherberge nicht mehr zu halten sein wird. Es sollte geprüft werden, in welchem finanziellen Rahmen diese Unterstützung erfolgen könnte. Was die Gemeinde tun konnte, sei erfolgt – der Bau des Hochwasserdammes sei in vollem Gange, d. h. im Juni 2019 wird das Schloss hochwassersicher sein. Nicht vergessen werden dürfen auch nicht diese 17.000 Übernachtungen. Aus touristischer Sicht sei die Herberge ein entscheidender Faktor und es bestehe eine moralische Verpflichtung.

Herr Börngen kommt auf die Schulsituation in Meuselwitz und die Schulsozialarbeit zurück. Seit Jahren leide man schon unter dem Problem, dass es zu wenig Lehrer gibt. Es sei auch von einem Experten schwierig auf den Punkt zu bringen, welchen Einfluss ein vernünftiges und optimales Arbeitsumfeld einschließlich entsprechender Gebäude und Ausstattungen auf die Bewerbungsquote von Lehrerinnen und Lehrern hat. Aber dieser Aspekt sollte nicht außer Acht gelassen werden.

Er denke, dass die vorliegenden Änderungsanträge, die beiden Themen betreffend, von den Größenordnungen nicht so dramatisch sind, so dass diese bei gutem Willen noch in den aktuellen HH eingearbeitet werden könnten, so wie es vorgeschlagen ist.

Herr Plötner erhält nochmals das Wort. Er geht auf die Äußerungen von Herrn Tanzmann ein. Er stellt fest, dass klar geworden ist, dass der Bedarf an Schulsozialarbeit da ist, aber das Land möge bitte bezahlen. Er wird versuchen, in den eigenen Reihen bei den Entscheidungsträgern darauf hinzuwirken. An Herrn Zippel gewandt bemerkt er,

dass auch er als Mitglied des Landtages seine Mitgestaltungsrechte in Erfurt nutzen könnte. Da glänze die CDU sonst auch nicht damit.

Der Vorsitzende erteilt Herrn Scholz das Wort. Er führt aus, dass das, was geäußert worden ist, sicherlich alles korrekt ist und auch, dass diese Maßnahmen gemacht werden müssen. Der Punkt sei aber ein anderer. Er sitze seit 2004 im Kreistag. Diese Probleme werden plötzlich immer im Kreistag im Rahmen der HH-Diskussion angesprochen. Dann wird überlegt, wie kann was eingebracht werden und was nicht. Wenn der HH beschlossen ist, sei wieder ein Jahr Ruhe, anstatt über das ganze Jahr verteilt diese Punkte anzusprechen. Er habe bereits mehrfach gesagt, dass man auch mal den Mut haben muss, bestimmte Maßnahmen auszusetzen oder zurückzustellen, weil bestimmte Punkte vorrangig sind. Dies müsse aber im Vorfeld angesprochen werden und nicht jedes Mal, wenn der HH im Kreistag beschlossen werden soll.

Er ist dafür, dass heute der HH, so wie er vorliegt, beschlossen wird, aber wenn es Maßnahmen sind, wo kurzfristig Handlungsbedarf besteht, dann müsse auch in der Kreisverwaltung die Möglichkeit vorhanden sein, in irgendwelchen HH-Stellen für kurzfristige Reparaturen Gelder zu finden, um in Meuselwitz wieder einen Schulbetrieb zu gewährleisten. Dies sei alles möglich. Nicht richtig finde er aber, immer kurz vor der Beschlussfassung des HH Jahr für Jahr diese Diskussion zu führen; das sei nicht mehr tragbar.

Der Vorsitzende kommt auf den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Wolf zurück und unterbricht die Sitzung von 18:57 Uhr bis 19:05 Uhr.

Nach der Pause erhält der Landrat das Wort. Herr Melzer teilt betreffs des Antrages der Fraktion Die Regionalen mit, dass die Verwaltung noch in diesem Jahr HH-Ansätze und vor allem auch Firmen finden wird, um die notwendigen Maßnahmen in der Turnhalle Meuselwitz zu realisieren. Damit entfalle der im Änderungsantrag geforderte HH-Ansatz für das Jahr 2019.

Herr Liefländer zieht daraufhin den Änderungsantrag der Fraktion Die Regionalen zurück.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Der Vorsitzende schließt die Diskussion und leitet in die Abstimmungsphase ein.

Es liegen drei Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE vor. Ferner gibt es den Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion, die Änderungsanträge in die Ausschüsse zurück zu verweisen.

Der Vorsitzende fordert den Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Tanzmann, auf, genau zu benennen, in welche Ausschüsse die Anträge zurückverwiesen werden sollen und bittet um einzelne Abstimmung über den jeweiligen Antrag.

Änderungsantrag I – Jugendherberge Windischleuba

- Kreisausschuss
- Finanzausschuss
- Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau

Mit 39 Ja-Stimmen bei einer Stimmenthaltung wird der Antrag in die Ausschüsse zurückverwiesen.

Änderungsantrag II – schulbezogene Jugendsozialarbeit

- Jugendhilfeausschuss

- Sozial- und Gesundheitsausschuss
- Finanzausschuss
- Ausschuss für Schule, Kultur und Sport

Mit 29 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen wird der Antrag in die Ausschüsse zurückverwiesen.

Änderungsantrag III – Erstellung einer Machbarkeitsstudie – Veit-Ludwig-von-Seckendorff-Gymnasium Meuselwitz

- Ausschuss für Schule, Kultur und Sport
- Finanzausschuss
- Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau

Mit 30 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen wird der Antrag in die Ausschüsse zurückverwiesen.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass alle 3 Änderungsanträge in die Ausschüsse zurückverwiesen wurden und damit für die Abstimmung über die KT-DS/0306/2018 nicht mehr relevant sind.

Nachfolgend erfolgt die Abstimmung über die HH-Satzung nebst Anlagen. Er benennt konkret, über welche Unterlagen abgestimmt wird:

- HH-Satzung, Stand: 08.11.2018
- Veränderungslisten (im vorliegenden HH-Plan noch nicht eingearbeitet, aber in die HH-Satzung eingearbeitet)
- Stellenplan
- Wirtschaftspläne

Vor der Abstimmung bittet Herr Gumprecht die Ausschussvorsitzenden um Mitteilung des Votums der Ausschüsse:

Frau Klaubert informiert, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau die Vorlage mit 3 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen empfohlen hat.

Herr Zippel teilt mit, dass der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport mit 4 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und 3 Enthaltungen mehrheitlich die Annahme der Vorlage empfiehlt.

Herr Prehl äußert, dass der Ausschuss die Annahme empfiehlt, allerdings beschränkt auf den Sozialetat.

Herr Nüudel informiert, dass auch der Finanzausschuss der Vorlage mit 8 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt hat.

Herr Tanzmann informiert, dass der Ausschuss die Annahme mit 8 Ja-Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen empfiehlt, allerdings beschränkt auf den Jugendhilfeteil.

Herr Helbig teilt mit, dass der Werkausschuss einstimmig zustimmt.

Auch der Kreisausschuss, so Herr Melzer, empfiehlt die Vorlage mit 4 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Der Kreistag fasst folgenden **Beschluss Nr. 283**:

Der Kreistag beschließt die Haushaltssatzung des Landkreises Altenburger Land für das Haushaltsjahr 2019 gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 32 Ja-Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen gefasst.

KT-DS/0307/2018**TOP 5 Finanzplan des Landkreises Altenburger Land für die Finanzplanjahre 2018 bis 2022**

Der Finanzplan wurde auf Grund der Änderungen und auf Hinweis von Herrn Schemmel nochmals aktualisiert und liegt den Kreistagsmitgliedern heute in den Mappen vor. Diskussionsbedarf gibt es zu dieser Vorlage nicht.

Herr Tanzmann informiert, dass der Finanzplan mit 6 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen im Jugendhilfeausschuss zur Annahme empfohlen wurde.

Herr Zippel teilt mit, dass der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport mit 4 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und 3 Enthaltungen mehrheitlich die Annahme der Vorlage empfiehlt.

Frau Klaubert informiert, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau die Vorlage mit 3 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen empfohlen hat.

Herr Prehl erklärt, dass der Ausschuss für Soziales und Gesundheit kein Votum abgegeben hat, da es diese Vorlage zum Zeitpunkt der Sitzung noch nicht gab.

Herr Helbig teilt mit, dass der Werkausschuss dem Finanzplan einstimmig zustimmt.

Herr Nündel informiert, dass auch der Finanzausschuss der Vorlage mehrheitlich zugestimmt hat.

Auch der Kreisausschuss, so Herr Melzer, hat der Vorlage mit 4 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Der Kreistag fasst folgenden **Beschluss Nr. 284:**

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land beschließt den Finanzplan für die Haushaltsjahre 2018 bis 2022 gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 21 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und 15 Enthaltungen gefasst. Drei Mitglieder haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

KT-DS/0305/2018**TOP 6 Bestellung des Wahlleiters und seines Stellvertreters für die Wahl der Kreistagsmitglieder am 26. Mai 2019**

Herr Gumprecht informiert, dass Herr Thomas Wolf als Wahlleiter und Herr Knut Wesser als Stellvertreter vorgeschlagen ist.

Der Kreistag fasst folgenden **Beschluss Nr. 285:**

1. Der Kreistag bestellt Herrn Thomas Wolf zum Wahlleiter für die Wahl der Kreistagsmitglieder am 26. Mai 2019.
2. Der Kreistag bestellt Herrn Knut Wesser zum Stellvertreter des Wahlleiters für die Wahl der Kreistagsmitglieder am 26. Mai 2019.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 39 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

KT-DS/0310/2018

TOP 7 Änderung von Ausschussbesetzungen (Antrag der SPD-Fraktion)

Die Vorlage ist auf Antrag der SPD-Fraktion auf der Tagesordnung.

Herr Schemmel merkt an, dass noch der 2. Stellvertreter benannt werden muss. 2. Stellvertreter im Kreisausschuss soll Herr Michael Wolf werden.

Der Kreistag fasst folgenden **Beschluss Nr. 286:**

Durch die SPD-Fraktion erfolgt die nachfolgende Neubesetzung des Kreisausschusses:

Mitglied: **Volker Schemmel**
1. Stellvertreter: **Dr. Hartmut Schubert**
2. Stellvertreter: **Michael Wolf**

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 39 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

KT-DS/0309/2018

TOP 8 Wahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses

Der Vorsitzende, Herr Gumprecht, informiert, dass der Vorschlag, Herr Valentin Rühlmann, allen Kreistagsmitgliedern vorliegt.

Er eröffnet den Wahlgang und verweist auf die Benutzung der Wahlkabine. Die durch das Büro des Kreistages vorbereiteten Stimmzettel werden an die von den Fraktionen benannten Wahlhelfer – Herr Greunke, Frau Klaubert, Herr Schrade, Herr Kühn, Herr Hermann – ausgegeben.

Für die Durchführung der Wahlhandlung war die Sitzung von 19:22 Uhr bis 19:26 Uhr unterbrochen.

Nach Auszählung der Stimmen durch die Wahlhelfer gibt der Vorsitzende folgendes Ergebnis bekannt - **Beschluss Nr. 287:**

Der Kreistag wählt auf Vorschlag der Träger der freien Jugendhilfe **Herrn Valentin Rühlmann** als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied für Frau Anja-Maria Leibold in den Jugendhilfeausschuss.

Wahlergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern Kreistages waren zur Wahl 39 Mitglieder anwesend.

Von den 39 abgegebenen Stimmen waren 3 ungültig. Herr Rühlmann wurde mit 36 Ja-Stimmen gewählt.

KT-DS/0297/2018

TOP 9 Feststellung des Konzernabschlusses der Klinikum Altenburger Land GmbH für das Geschäftsjahr 2017

Es gibt keine Fragen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Prehl informiert, dass die Vorlage durch den Ausschuss für Soziales und Gesundheit in allen Punkten einstimmig zur Annahme empfohlen wurde.

Herr Melzer erklärt, dass der Kreisausschuss die ersten beiden Punkte einstimmig mit 6 Ja-Stimmen zur Beschlussfassung empfohlen hat.

Der Kreistag fasst folgenden **Beschluss Nr. 288:**

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land stimmt dem unter Gremienvorbehalt in der Gesellschafterversammlung der Klinikum Altenburger Land GmbH am 02.10.2018 gefassten Beschluss zum Konzernjahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017 zu und beschließt:

1. den Konzernjahresabschluss mit folgendem Ergebnis festzustellen:

Konzernjahresüberschuss 2017	972.708,79 €
auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn	./ 48.526,88 €
Konzerngewinn	924.181,91 €
2. die Geschäftsführung der Klinikum Altenburger Land GmbH zu entlasten,
3. den Aufsichtsrat der Klinikum Altenburger Land GmbH zu entlasten.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren bei den Punkten 1 und 2 zur Abstimmung 38 Mitglieder anwesend. Der Beschluss wurde einstimmig gefasst. Bei der Abstimmung zum Punkt 3 waren 34 Mitglieder anwesend. Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

KT-DS/0298/2018

TOP 10 Feststellung der Jahresrechnung 2017, Ergebnisverwendung sowie Entlastung der Werkleitung des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Altenburger Land

Es gibt keine Fragen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Helbig informiert, dass der Werkausschuss die Vorlage einstimmig zur Annahme empfiehlt.

Der Kreistag fasst folgenden **Beschluss Nr. 289:**

Der Kreistag beschließt:

- Der Jahresabschluss 2017 des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Altenburger Land wird in der vorliegenden vom der Eureos GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dresden testierten Form festgestellt.
- Der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Jahresverlust wird in Höhe von 103.521,37 € wie folgt verrechnet:
 1. 18.586,21 € aus dem Gewinnvortrag getilgt
 2. 2.327,40 € auf neue Rechnung vorgetragen
 3. 87.262,56 € aus der allgemeinen Rücklage ausgeglichen.
- Der Werkleitung wird für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 38 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

KT-DS/0299/2018

TOP 11 Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss 2018 des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Altenburger Land

Es gibt keine Fragen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Der Kreistag fasst folgenden **Beschluss Nr. 290:**

Der Kreistag beschließt, für die Prüfung des Jahresabschlusses 2018 des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Altenburger Land die

Eureos GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Kramergasse 4
01067 Dresden,

deren Angebot in der Anlage beigefügt ist, zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 38 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

KT-DS/0300/2018

TOP 12 Satzung des Landkreises Altenburger Land über die Vermeidung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen (Abfallwirtschaftssatzung - AWS)

Herr Gumprecht ruft den Tagesordnungspunkt auf und fragt nach den wesentlichen Änderungen.

Herr Helbig informiert, dass die AWS des Landkreises Altenburger Land im § 5 überarbeitet wurde. Es gibt die Pflicht, auch Bauschutt zu entsorgen – dies war bisher nicht möglich, da im Gebiet des Abfallentsorgungsbereiches keine Deponie vorlag. Nun gibt es die Deponie in Untitz und der Landkreis ist somit in der Lage den Bauschutt zu entsorgen. Alle Entsorger werden angehalten, den Bauschutt auf diese Deponie zu bringen. Eine Gebührenerhöhung erfolgt nicht.

Der Werkausschuss empfiehlt einstimmig die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Herr Liefländer merkt an, dass er es nicht für richtig hält, diese Abfälle nur an einer Deponie abgeben zu können. Auch die anderen Deponien sollten den Bauschutt annehmen und dafür eine Gebührenregelung vorsehen. Dies wäre ein Servicegedanke dem Bürger gegenüber.

Herr Helbig erklärt, dass es auf den Deponien Container geben wird, in denen Kleinstmengen von Bauschutt angenommen werden können. Über die finanzielle Lösung müsse man sich noch Gedanken machen.

Weitere Fragen oder Anmerkungen gibt es keine.

Der Kreistag fasst folgenden **Beschluss Nr. 291:**

Der Kreistag beschließt die als Anlage beigefügte Satzung des Landkreises Altenburger Land über die Vermeidung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen (Abfallwirtschafts-satzung - AWS).

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 38 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

KT-DS/0301/2018

TOP 13 Satzung des Landkreises Altenburger Land über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung - AGS)

Herr Helbig informiert, dass die Abfallgebührensatzung nur um die neue Datenschutzgrundverordnung (§11) erweitert wurde. Des Weiteren gab es einige redaktionelle Änderungen.

Der Werkausschuss empfiehlt die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung.

Der Kreistag fasst folgenden **Beschluss Nr. 292:**

Der Kreistag beschließt die als Anlage beigefügte Satzung des Landkreises Altenburger Land über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung - AGS -).

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 38 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

KT-DS/0302/2018

TOP 14 Satzung für den "Beirat für Integrierte Sozialplanung" zur Entwicklung und kontinuierlichen Begleitung einer integrierten Sozialplanung im Altenburger Land

Herr Melzer erklärt, dass der Beirat bereits im Frühjahr 2018 gegründet wurde. Es gab inzwischen 3 Beratungen und man hat sich vorgenommen, eine entsprechende Handlungsgrundlage zu geben. Letztendlich hat man sich für eine Satzung entschieden. Es wurde viel über die Größe des Beirates diskutiert.

Herr Plötner bezeichnet die Größe des Beirates als durchaus händelbar. Es ist ein großer Teilnehmerkreis, jedoch wurden die Sitzungen verwaltungsseitig gut vorbereitet. Herr Plötner ist darüber erfreut, dass die Genehmigungsbehörde bereits im Vorfeld ins Benehmen gesetzt wurde. Bisher wurde kein Hinderungsgrund gesehen, dass die Satzung nicht genehmigungsfähig wäre.

Herr Liefländer schließt sich Herrn Plötner an und informiert, dass auch er bei den Beratungen anwesend war. Er findet, dass die Zusammensetzung dieses Beirates richtig und wichtig ist. Der Beirat soll auch der Ideenfindung für den Landkreis dienen. Der Beirat wird hervorragend durch die Verwaltung begleitet.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Herr Prehl erklärt, dass der Ausschuss für Soziales und Gesundheit die Vorlage zur Zustimmung empfiehlt.

Herr Tanzmann informiert, dass der Finanzplan im Jugendhilfeausschuss zur Annahme empfohlen wurde.

Herr Zippel teilt mit, dass der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport bei 6 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen die Annahme der Vorlage mehrheitlich empfiehlt.

Herr Melzer informiert, dass der Kreisausschuss die Vorlage einstimmig mit 6 Ja-Stimmen empfohlen hat.

Der Kreistag fasst folgenden **Beschluss Nr. 293:**

Der Kreistag beschließt die beigefügte Satzung für den Beirat für Integrierte Sozialplanung im Altenburger Land.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 38 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 35 Ja-Stimmen bei drei Stimmenthaltungen gefasst.

KT-DS/0303/2018

TOP 15 Änderung der Zuständigkeitsordnung für die weiteren Ausschüsse des Kreistages des Altenburger Landes/Geschäftsordnung des Kreistages

Fragen zu dieser Vorlage gibt es nicht.

Der Sozialausschuss, so Herr Prehl, empfiehlt die Zustimmung zur Vorlage.

Herr Melzer informiert, dass auch der Kreisausschuss die Vorlage zur Beschlussfassung empfiehlt.

Der Kreistag fasst folgenden **Beschluss Nr. 294:**

Der Kreistag beschließt folgende Änderung der Zuständigkeitsordnung für die weiteren Ausschüsse des Kreistages des Landkreises Altenburger Land:

In § 3 Satz 1 wird folgender 3. Anstrich eingefügt:

- über die Bewilligung von Zuwendungen an Dritte im Rahmen des Landesprogramms Solidarisches Zusammenleben der Generationen (LSZ), soweit diese im HH-Plan nicht einzeln ausgewiesen sind, von mehr als 1.500 € im Einzelfall.

Die Änderung tritt mit der Beschlussfassung durch den Kreistag in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 38 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 34 Ja-Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen gefasst. 2 Mitglieder haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

KT-DS/0304/2018

TOP 16 Integrierte Fachplanung für Familien des Landkreises Altenburger Land 2019 bis 2020

Herr Melzer informiert, dass der Plan die Grundlage dafür ist, dass der Landkreis im nächsten Jahr Fördermittel (ca. 450 T€) für die verschiedenen Projekte erhält.

Der Kreistag fasst folgenden **Beschluss Nr. 295:**

Der Kreistag beschließt den „Integrierten Fachplan für Familien im Landkreis Altenburger Land 2019 bis 2020“ gemäß der Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 38 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

KT-DS/0308/2018

TOP 17 Aufhebung des Kreistagsbeschlusses Nr. 155 vom 01.06.2016 für die Vergabe von Planungsleistungen zur Sanierung des Lindenau-Museums

Herr Melzer erklärt, dass in Bezug auf das Lindenau-Museum viel in Bewegung ist. In der Vergangenheit wurde beschlossen, dass Herr Hößelbarth aus Dresden die Planungsleistungen durchführen soll. Dieser Beschluss wurde jedoch nicht vollzogen und aufgrund der Größe des Investitionsvorhabens gibt es nun andere Ausschreibungsmodalitäten, welche auch vorgenommen wurden. Aus diesem Grund soll dieser Beschluss zurückgenommen werden.

Herr Zippel teilt mit, dass der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport einstimmig die Annahme der Vorlage empfiehlt.

Frau Klaubert informiert, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau die Vorlage einstimmig empfohlen hat.

Herr Nüudel informiert, dass auch der Finanzausschuss der Vorlage einstimmig zugestimmt hat.

Herr Melzer teilt mit, dass auch der Kreisausschuss die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen hat.

Der Kreistag fasst folgenden **Beschluss Nr. 296:**

Der Kreistag beschließt die Aufhebung des Beschlusses Nr. 155 vom 01.06.2016.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 38 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Herr Gumprecht schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:47 Uhr.

Altenburg, den 16.01.2019

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Christian Gumprecht
Vorsitzender des Kreistages

Kerstin Gabler Katleen Kamprad
Mitarbeiterinnen Büro des Kreistages